

Inland

Patrik Schädler

Immer in der Dezember-Session muss die Regierung den Landtag über den momentanen Stand der Bearbeitung von Motionen, Postulaten und Interpellationen informieren. Zur Zeit hat die Regierung 15 Vorstösse noch nicht erledigt – bei sieben Vorstössen ist man zeitlich im Verzug. Diese sieben parlamentarischen Eingänge sind von der Vorgängerregierung übernommen worden. Zwei Motionen warten schon seit sechs Jahren auf eine Erledigung. Die meisten Pendenzen liegen aktuell auf dem Tisch von Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni und Regierungsrat Manuel Frick. Nachfolgend sind die offenen Aufgaben der Regierung aufgelistet:

Motion: Vereinheitlichung der Stellen und Bemessungsgrundlagen im Sozialbereich
Überweisung: 1.10.2015
Ministerium für Gesellschaft und Kultur

Die Regierung hält zu dieser Motion fest, dass durch die Ansiedlung von Mietbeihilfen und der Prämienvergünstigung beim Amt für Soziale Dienste bereits ein Teil umgesetzt ist. «Die weitere Bearbeitung der Motion erfordert vertiefte Abklärung und vor allem eine Anpassung an die im Sozialversicherungsrecht geplanten Harmonisierungen, weshalb mit einer Umsetzung erst nach der Fertigstellung der Arbeiten zur Schaffung eines Allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts (ATSG) gerechnet werden kann», schreibt die Regierung.

Motion: Stärkung der Oberaufsicht der Regierung über öffentliche Unternehmen
Überweisung: 30.9.2015
Ministerium für Präsidiales und Finanzen

Zur Motion ist gemäss Regierung bereits ein Vernehmlassungsbericht ausgearbeitet worden. Allerdings entliess die Regierung Ende 2017 den VR-Präsidenten der Telecom Liechtenstein, wogegen derselbe Klage einreichte. 2019 hat das Landtagspräsidium zugestimmt, dass die Beantwortung der Motion solange aufgeschoben wird, bis das Verfahren abgeschlossen ist. «Da das Verfahren



Bei 7 Vorstössen in Verzug

Die Regierung hinkt bei sieben parlamentarischen Vorstössen hinterher. Zwei warten bereits seit sechs Jahren auf eine Erledigung.

länger dauert als ursprünglich angenommen, wird der im Entwurf vorliegende Vernehmlassungsbericht ergänzt und leicht angepasst und im ersten Halbjahr 2022 in die Vernehmlassung geschickt», schreibt die Regierung.

Motion: Neuregelung der Taggeldversicherung bei Mutterschaft
Überweisung: 8.5.2019
Ministerium für Gesellschaft und Kultur

Hier liefert die Regierung die identische Begründung für die Verzögerung wie schon im Dezember 2021. Die Regierung habe bereits im November 2016 eine Arbeitsgruppe beauftragt, sich dieser Problematik anzunehmen. Die Gruppe hat bereits einen Zwischenbericht vorlegt. Aktuell erheben die Krankenkassen entsprechende Daten für die Motion. Nach dem Vorliegen weiterer Ergebnisse werde die Regierung prüfen, «welche Anpassungen im KVG erforderlich sind und wie der

von den Motionären angestrebte Gesetzesvorschlag konkret umgesetzt werden kann.»

Motion: Gleichberechtigung aller Landesbürger in den Gemeinden
Überweisung: 8.5.2019
Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt

Nachdem es im letzten Jahr dazu keine Begründung gab, heisst es nun vonseiten der Regierung: «Aus Ressourcengründen musste die Beantwortung zurückgestellt werden. Mit einer Beantwortung der Motion ist im zweiten Halbjahr 2022 zu rechnen.»

Motion: Stärkung der Familien- und Erziehungsarbeit
Überweisung: 4.9.2019
Ministerium für Gesellschaft und Kultur

Dazu schreibt die Regierung: «Aktuell laufen Arbeiten für eine Strategie, welche die Lebensqualität im Alter übergreifend

betrachtet und als Grundlage für Massnahmen in diesem Bereich dienen soll. Diesen Arbeiten mit einem isolierten Vorschlag vorzugreifen, wird nicht als zielführend erachtet. Mit einem konkreten Vorschlag gemäss Motion kann im zweiten Halbjahr 2022 gerechnet werden.»

Postulat: Direktwahl der Regierung durch das Volk
Überweisung: 4.3.2020
Ministerium für Präsidiales und Finanzen

Das DpL-Postulat gibt der Regierung den Auftrag, abzuklären, welche Auswirkungen eine Direktwahl der Regierung mit sich bringen würde. Ursprünglich war eine Beantwortung für das zweite Halbjahr 2021 angekündigt. Nun schreibt die Regierung, dass sie das Postulat im ersten Halbjahr 2022 beantworten wird.

Postulat: Stärkung des Forschungs- und Innovationsplatzes

Überweisung: 6.5.2020
Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt

Das Postulat lädt die Regierung dazu ein, «verschiedene Massnahmen hinsichtlich einer Stärkung des Forschungs- und Innovationsplatzes Liechtenstein zu prüfen». Nähere Erklärungen gibt die Regierung zu diesem Postulat nicht ab. Die alte Regierung versprach eine Beantwortung für 2021. Nun schreibt die Regierung, das die Beantwortung aus Ressourcengründen verschoben wurde. Das neue Versprechen: Das Postulat soll im zweiten Halbjahr 2022 beantwortet werden.

Vorstösse des neuen Landtags

Der neue Landtag hat die parlamentarischen Instrumente bisher sehr rege genutzt. Alleine in diesem Jahr wurden zehn Vorstösse an die Regierung überwiesen. Bei folgenden acht Vor-

stössen des Landtags steht eine Antwort der Regierung noch aus:

Motion «Casino-Bremse» für Liechtenstein
Überweisung: 9.6.2021
Eingereicht von: VU-Fraktion
Regierung rechnet mit einer Beantwortung im 2. Halbjahr 2022

Motion zur Anpassung des Strafmasses bei sexuellem Kindesmissbrauch und Besitz von kinderpornografischem Material
Überweisung: 9.6.2021
Eingereicht von VU-Fraktion
Regierung rechnet mit einer Beantwortung im 2. Halbjahr 2022

Postulat für spezialisierte Palliative Care in Liechtenstein
Überweisung: 2.9.2021
Eingereicht von VU-Fraktion
Regierung rechnet mit einer Beantwortung im 1. Halbjahr 2022

Interpellation «Naturkatastrophen-Vorsorge in Liechtenstein»
Überweisung: 29.9.2021
Eingereicht von: VU-Fraktion
Regierung rechnet mit einer Beantwortung im 1. Halbjahr 2022

Interpellation «Staatliche Aktivitäten im Telekommunikations- und Postmarkt»
Überweisung: 29.9.2021
Eingereicht von: FBP-Fraktion
Regierung rechnet mit einer Beantwortung im 1. Halbjahr 2022

Postulat zur Entwicklung eines ganzheitlichen landesweiten Konzepts für Inertstoff-Depotien
Überweisung: 30.9.2021
Eingereicht von: FL-Fraktion
Regierung rechnet mit einer Beantwortung im 1. Halbjahr 2022

Postulat «Stärkung des Tierschutzes in Liechtenstein
Überweisung: 30.9.2021
Eingereicht von: VU-Fraktion
Regierung rechnet mit einer Beantwortung im 1. Halbjahr 2022

Postulat «Mögliche Massnahmen zur langfristigen Sicherung der AHV im Rahmen einer Altersstrategie»
Überweisung: 3.11.2021
Eingereicht von: VU-Fraktion
Die Regierung gibt keine Einschätzung bezüglich Beantwortung ab.